

rainer.bartel@ooe.gv.at

www.econ.jku.at/bartel

Wir brauchen eine wirtschaftlich und sozial verträgliche Inflationsbekämpfung!

(Abstract für "momentum 08")

Warum ist die Bekämpfung von Inflation durch eine Zentralbank (durch kontraktive Geldpolitik) abzulehnen? Im Anfang stehen die Theorie einer natürlichen Arbeitslosigkeit mit einem entsprechend niedrigen Reallohnsatz als strukturelles Faktum, das nachfrage- und tarifpolitisch unumkehrbar sei, so der Mainstream, und die Theorie, dass darüber hinausgehende Arbeitslosigkeit durch überhöhte Löhne verursacht sei, die wiederum das Ergebnis der gewerkschaftlichen Monopolstellung wären. Diese Position auszuhebeln, bedürfe es einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit, folglich einer Schwächung der Gewerkschaften im Innen- und Außenverhältnis sowie letztlich einer Dämpfung des Lohn-Preis-Drucks. Dieser Zusammenhang ist zu wenig bekannt oder problembewusst: der Konnex zwischen Arbeitslosigkeit als individuellem Leid und gesellschaftlichen Kosten einerseits und Schutz von Finanzvermögen vor unerwarteter Entwertung (durch nicht antizipierte Inflation) und preisliche Konkurrenzvorteile am Weltmarkt (kompetitive Lohn-Preis-Deflation) wie sogar auch am heimischen Markt (Realkasseneffekt zur Kaufkraftstärkung) andererseits. Das Dogma, die Norm von der politischen Unabhängigkeit der Zentralbanken, die den besseren Job im Dienst niedriger Inflation täten als die inflationsnachgiebigen PolitikerInnen, ist – auf dem Boden des extrem staatskritischen wirtschaftswissenschaftlichen und -politischen Mainstream sakrosankt und dominant. Verstärkt wird diese unsoziale Konzeption durch die engen Anspruchsbestimmungen der passiven Arbeitsmarktpolitik, die langfristige Entwicklungsperspektiven außer Acht lassen. Alternativ betrachtet (E. Hein) ist es gerade die restriktive Stabilitätspolitik, die die Auffassung von einer "natürlichen" Arbeitslosigkeit stärkt.

Warum ist Inflationsbekämpfung durch den Fiskus (durch kontraktive Fiskalpolitik) abzulehnen? Sie folgt demselben Kausalitätszusammenhang, verstärkt durch die propagandistische Phrase von "gesunden" Staatsfinanzen – eher als Selbstzweck denn als Mittel zum Zweck und missachtet so die primären Funktionen und vorrangigen Zielsetzungen öffentlicher Finanzen. In diesem Sinn ist auch ein tot gesagter EU-"Stabilitätspakt", der modifizierte "Stabilitäts- und Wachstumspakt" der EU, quasi als Untoter zu fürchten, zumal die EU-Kommission eher als Hüterin der neoliberalen Ordnung denn generell als Hüterin der Verträge agiert und recht einseitig auf die Budgetkonsolidierung an sich hinarbeitet.

Warum ist – unter der neoliberalen Hegemonie – Inflationsbekämpfung durch die Wirtschafts- und SozialpartnerInnen (durch stabilitätsorientierte Einkommenspolitik: Lohn- UND Preispolitik) bedenklich? Aus dieser Perspektive, die auf fast allen politischen Seiten – mehr oder weniger, expliziter oder impliziter – Einzug gehalten hat, gibt es keine Gelegenheit für gerechtfertigte Lohnerhöhungen, die der Stärkung der Massenkaufkraft merklich dienen könnten. Die einengenden "Sachzwänge" bestehen zum einen in der angedrohten Auflassung oder Exportierung von Arbeitsplätzen und zum anderen in der beschworenen Beschleunigung der Inflation durch Löhne oberhalb des durch die "natürliche Arbeitslosigkeit" diktierten Plafonds. Obendrein regt sich in der Industriellenvereinigung der Gedanke, in ähnlicher Weise auch die gesamtwirtschaftliche Lohnquote als so etwas wie eine "natürlich" vorgegebene, freilich (wie jetzt wieder) auf niedrigem Niveau angesiedelte Norm anzusehen, die nun auf ihr eben natürliches Niveau zurücktendiert, wenn und weil der nötige scharfe

internationale Wettbewerb dies verlange. Makroökonomische Argumentation einer Kaufkraftfunktion der Löhne beschränkt sich auf Kongresshallen einschlägiger Zirkel.

Warum ist Inflationsbekämpfung durch Hartwährungspolitik (durch tendenzielle Aufwertung der heimischen Währung) zu hinterfragen? Die leicht gemachte Enthebung von der "Pflicht" zur sonstigen Stabilitätspolitik durch Hochzinspolitik unter dem chauvinistischen Deckmäntelchen einer starken Währung – das bedeutet freilich auch Aufwertungspolitik – ist nicht nur unter dem Blickwinkel der Beeinträchtigung der eigenen Nettoexporte als heikel anzusehen, sondern auch und gerade in Bezug auf die Binnennachfrage, und rechtfertigt die billigen Exporte wohl kaum: Arbeitslose freuen sich vermutlich über billigere Einkäufe und Auslandsreisen weniger, als sie unter ihren unangenehmen Ausnahme- und AußenseiterInnenposition leiden; selbiges gilt für extreme Prekarität und Working Poor (Armutgefährdete und manifest Arme). Hartwährungspolitik ist: Deflationspolitik auf globaler Wirkungsebene.

Information über das Sinn machende Abwägen der sozialen (gesellschaftlichen) Kosten von unantizipierter, wohl aber kaum galoppierender Inflation (Hyperinflation) gegenüber den sozialen Kosten von Arbeitslosigkeit und Unterauslastung von Produktionskapital ist ein nötiger Ausgangspunkt für Stabilität (niedrige Inflation) und zugleich hohe Beschäftigung (in Vollzeitäquivalenten). Social Choice über Normen und Techniken gesellschaftlicher Optimierung soll der Public Choice als der Theorie des Scheiterns des Staates und des Zähmens des Ungeheuers Staat auf dieser Basis den Rang ablaufen. Dazu muss es auch zu einer Aufhebung des Zielkonflikts zwischen hoher Stabilität und hoher Beschäftigung kommen. Dabei ist es zweckdienlich, die monetaristische Quantitätstheorie des Geldes in post-keynesianischer Manier in die entgegen gesetzte Richtung umzupolen und so in den Köpfen einen Denk- und Möglichkeitsraum für alternative Stabilitäts- und Beschäftigungspolitiken zu eröffnen. Damit würde der Zentralbank die Geldversorgungsfunktion zugeschrieben und die Inflationsenkungs- und Arbeitslosigkeitssteigerungs-Politik aberkannt. Dies zu erreichen lohnt (wirtschafts-)politisch, indem klargemacht wird, dass Antiinflationpolitik gleichsam als eine Dimension von Sozialpolitik ernst genommen wird.

Aber welche Art von Stabilitätspolitik (Antiinflationpolitik) wäre dies? Allein zur Durchsetzbarkeit müsste der Ansatz ein angebotspolitischer sein, der so dem Wesen des Mainstream entspräche und auf bereits akzeptierte Vorbilder in Analogie verweisen könnte. Schon J. M. Keynes (1936) stellte das Wesentliche seiner Botschaft in dem Bestreben zurück, eine – seine – wesentliche Alternative in Theorie und Politik in einer dem damaligen neoklassischen Mainstream vermittelbaren Weise auf dem Parkett der Wirtschaftswissenschaft zu etablieren (J. Robinson).

Das Grundkonzept der Stabilitätspolitik könnte analog dem der handelbaren Emissionszertifikate in der neoklassisch-liberal ausgerichteten Umweltökonomik gestaltet werden und somit zwei Vorzüge vereinen. Erstens ist in gesamtwirtschaftliches Ziel genau festlegbar und – bei konsequenter Verfolgung und Umsetzung – effektiv zu erreichen (Kontingentierung der Gesamtemission bzw. der gesamtwirtschaftlichen Preissteigerungsrate). Zweitens ist es – gerade im Licht der Pareto-Effizienz als einer zentralen Verteilungsnorm in Verbindung mit dem Gerechtigkeitsanspruch der Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung – als marktkonformer Ansatz strategisch-argumentativ beinahe unschlagbar, zu erlauben, die einzelnen zertifizierten Preiserhöhungsrechte (sogar nach einer Gratisallokation) zwischen den WirtschaftsteilnehmerInnen handeln zu lassen. Gegebenenfalls könnte, um rasch auf preisrelevante Angebots- und Nachfrageschocks reagieren zu können, eine Aufwertung oder Abwertung dieser Zertifikate dekretiert werden, was per Analogie mit der Redimensionierung des sozial optimalen Verschmutzungssteuersatzes (A. C. Pigou) gut zu argumentieren wäre.

So marktwirtschaftlich der Ansatz ist, so sehr trägt er dem Umstand Rechnung, dass Inflation letztlich und jeweils auf Einzelentscheidungen von Menschen zurückzuführen ist (und nicht auf Natur- oder Gottgegebenheit) und somit – nach R. Rowthorn – primär ein Verteilungskampfphänomen darstellt. Lohn- und Preis(-durch-)setzungen oder Preis- und Lohn(-durch-)setzungen sind durch das Bestreben nach einem möglichst hohen Anteil am Primäreinkommen je auf dem Güter- und dem Arbeitsmarkt motiviert und effektiert. Dabei geht man auch nicht von der neoliberalen theoretischen Fiktion der Machtfreiheit des Marktmechanismus aus, der Marktmachtausübung verhindert und entweder gerechte Faktorentlohnung (eben nach der Grenzproduktivität) bietet oder Versuche der Marktmachtentwicklung durch Konkurs bzw. Arbeitslosigkeit bestraft. Die Preisaufschläge der ProduzentInnen auf die direkten Kosten stellen einerseits in dem Maß, wie sie über die Gemeinkostendeckung und kalkulatorischen UnternehmerInnenlohn hinausreichen, einen relativ gefahrlosen Puffer für die Effekte einer Preisniveaustabilisierung dar, da diese Aufschläge (nach A. P. Lerner) abschöpfbare Marktmacht auf dem Gütermarkt quasi messen. Diese Marktmacht, die die KonsumentInnenrente schmälert, darf getrost angenommen werden, wenn realistischer Weise die monopolistische Konkurrenz oder das (friedliche) Oligopol als Standardmarktform unterstellt wird.

Einer durch Preiserhöhungszertifikate eingeschränkten Verteilungsmacht auf dem Gütermarkt steht statt des öffentlichen Übels der Inflation das öffentliche Gut der preisgünstigen Vorleistungen für Unternehmen gegenüber, das die möglichst wenig eingeschränkte Produktionsmengen- und realen Gewinnentwicklung – gemeinsam mit einer akkomodierenden Liquiditätspolitik der Zentralbank und einer grundsätzlich expansiven Budgetpolitik – begünstigt. Verwirklichte Nebenbedingung – aus mikroökonomisch-unternehmerischer Sicht eine Hauptbedingung – ist die individuelle Dispositionsfähigkeit des Unternehmens: die Freiheit, auf dem Zertifikatsmarkt wie zugleich auf allen übrigen Faktormärkten (re-)agieren und stets die einzelwirtschaftlichen optimale Entscheidungskombination realisieren zu können.

Noch im Detail zu überlegende Ausgestaltungsmodi sollen dem alternativen Denkansatz (Vickrey) nicht schon anfangs prinzipiell entgegenstehen. Die Festlegung der Zielinflation sollte sich am Oberziel einer bestimmten – vollbeschäftigungsadäquaten – Realwachstumsrate und einer dazu als Anreiz und Optimismusfaktor notwendigen (moderaten) Nominalwachstumsrate ("Anker" für unternehmerische Orientierung und Planung) ausrichten. Kritisch im Sinn von heikel und entscheidend für den realen Erfolg ist offenbar die Berücksichtigung unabänderbarer Teuerungseinflüsse (Cost Pushes) ebenso wie die Definition der Bezugsbasis für die Ausgabe der Preiserhöhungszertifikate (Zuteilungsgerechtigkeit!). Nicht zuletzt ist der administrative Gesamtaufwand freilich zu dem zu erwarteten Wohlfahrtsgewinn in Relation zu setzen. Dabei kann administrativ an einem der üblichen Meldesysteme der Unternehmen angesetzt werden (Kammer, Fiskus), um die Transaktionskosten zu minimieren, die Kontrolle (Marktaufsicht) darf dabei aber nicht vernachlässigt werden.

Letztlich bedeutet das Zertifikatssystem einen Verzicht auf Umverteilungsbestrebungen der Unternehmen auf dem Markt und setzt – selbst bei Betonung des Kaufkraftarguments der Löhne – vielleicht eine ähnliche Restriktion auf ArbeitnehmerInnenseite voraus, die noch näher zu überlegen und zu entwerfen wäre. Für diesen Fall müsste (nach J. Robinson) dieser Nachteil durch ein klares Bekenntnis zur Umverteilung durch den Staat – statt Umverteilung durch Inflation (privater Umverteilungskampf) und Arbeitslosigkeit (Inflationsbekämpfung durch Geldpolitik) (über-)kompensiert werden. Die Vorteilhaftigkeit für alle müsste aufgezeigt und entsprechend hervorgehoben werden. Ich könnte mir vorstellen, eine Flat Tax einzuführen, unter der gleichzeitigen Bedingung, die Komplexität des Steuersystems und individuelle "Gestaltbarkeit" der Abgabenhöhe zu beenden und die Besteuerungsbasis zu

erweitern: für alle ökonomischen Aktivitäten gleichermaßen (was eigentlich neben der Steuerminimierung das zweite Credo der Wirtschaftsliberalen ist oder eigentlich sein müsste). Das würde nicht allzu viel an der derzeitigen de facto-Situation ändern und zugleich die Umverteilung der staatlichen Ausgabenseite überantworten (ebenfalls kein prinzipielles Novum). Dabei lassen sich sozialpolitische Schwerpunktsetzungen durch gezielte Transfers im unteren Einkommensbereich mit wohlfahrtsstaatlich breit gestreuten Leistungen (zur Überwindung des allgemeinen Akzeptanzproblems) kombinieren. Aber das ist schon eine andere Geschichte.

Von zentraler Bedeutung ist es, die neue Art der Inflationsbekämpfung als reale Expansionsstrategie für alle zu verdeutlichen. Dabei sind die Zusammenhänge zwischen Vollbeschäftigung und Humankapital sowie zwischen Kapazitätsauslastung und Kostenvorteilen besonders zu betonen. Dies wird eine nicht allzu leichte Aufgabe, rüttelt sie doch an Grundfesten des Mainstream; allerdings könnte damit v. a. abseits der Akademien und Bürokratien (EU, IWF, WTO, ...) eine breitere Öffentlichkeit gewonnen werden.

Viele werden sich gerade deshalb darüber aufregen, noch mehr sollen aber angeregt werden; und noch vieles ist zu spezifizieren und diskutieren. Aber der der Anfang des Wegs aus der in jedem Sinn unsozialen Inflationsbekämpfung sei angeregt, selbst wenn noch ganz ungewiss ist, ob, wie, wo und wie sicher dieser Weg verlaufen könnte.

14. April 2008